

Liestal, 3. Dezember 2019/BKSD

Stellungnahme

| | |
|----------|---|
| Vorstoss | Nr. 2019/618 |
| Postulat | von Sara Fritz |
| Titel: | Kampf gegen sexuelle Ausbeutung: Aufklärungs- und Präventionsmassnahmen in Schulen und für Eltern zur Loverboy-Problematik |
| Antrag | Vorstoss entgegennehmen und zur Abschreibung beantragen |

1. Begründung (nicht bei Entgegennahme)

Auch der Regierungsrat nimmt die Problematik des Loverboy-Phänomens sehr ernst. Bei den 12 – 18-jährigen Opfern handelt es sich um eine besonders junge, verletzbare Zielgruppe. Zudem haben die bekannten Fälle in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Die Problematik ist beim Kanton bereits erkannt und es wurden verschiedene Informationsmöglichkeiten geschaffen.

Auf der [Webseite](#) der Gleichstellung BL bietet der Kanton eine umfassende Informationsplattform. Das Thema wird konkret angesprochen und es bestehen verschiedene Angebote resp. Anlaufstellen für Betroffene.

Auf dieser Webseite stehen auch folgende Dokumente zur Verfügung:

- [Broschüre Informationsbus zum Thema Menschenhandel in der Schweiz](#)
- [Informations-Flyer zu «Loverboys»](#)
- [KSMM Leitfaden: Kooperationsmechanismen gegen Menschenhandel](#)
- [KSMM Fact Sheet: Menschenhandel - Eine moderne Form der Sklaverei](#)

Zudem besteht auf der Seite auch die Möglichkeit konkrete Verdachtsfälle zu melden.

Das Thema ist auch auf nationaler Ebene durchaus erkannt. Der [Verein ACT 212](#), Beratungs- und Schulungszentrum Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, hat eine «Expertengruppe Loverboys» initiiert. Diese wird Mechanismen definieren und Analyse-Checklisten ausarbeiten, damit geeignete Massnahmen in den Bereichen Prävention, Strafverfolgung, Nichtpolizeiliche Intervention sowie Forschung ergriffen werden können. Dadurch soll dem noch eher neuen und relativ unbekanntem Phänomen besser begegnet werden können. Der Kanton Basel-Landschaft ist durch die SID in dieser Gruppe vertreten.

Der Regierungsrat erachtet es dennoch als sinnvoll, das Handbuch der Schulräte und Schulleitungen mit einem Absatz zur Information der Schulen zu ergänzen. Zusätzlich werden die Schulleitungen der Sek I an einem nächsten Schulleitungsforum für die Problematik sensibilisiert und angewiesen, das Thema an ihren Schulen in den Unterricht und an Elternabenden einzubringen.

Der Regierungsrat sieht aufgrund der Ausführungen aktuell keinen weiteren Handlungsbedarf. Er beantragt, das Postulat entgegenzunehmen und gleichzeitig als geprüft abzuschreiben.

